

Parlamentarischer Vorstoss

2026/4697

Geschäftstyp:	Postulat
Titel:	Auslegeordnung zu Zielsetzungen und Handlungskriterien der kantonalen Arbeitsmarktpolitik
Urheber/in:	Markus Graf
Zuständig:	—
Mitunterzeichnet von:	—
Eingereicht am:	12. März 2026
Dringlichkeit:	—

Der Regierungsrat nahm in seiner Antwort auf die Interpellation 2025/441 zum Thema Grenzgänger Stellung, vermochte jedoch zentrale Fragen nicht zu klären. Insbesondere blieb offen, welche arbeitsmarktpolitische Zielsetzung der Kanton Basel-Landschaft im Spannungsfeld zwischen zunehmender Beschäftigung von Grenzgängern und der Arbeitslosigkeit der Wohnbevölkerung verfolgt.

Die Antwort beschränkte sich weitgehend auf die Darstellung der rechtlichen Rahmenbedingungen – insbesondere der Personenfreizügigkeit – sowie auf statistische Ausführungen. Eine normative Einordnung oder eine klare strategische Positionierung erfolgte hingegen nicht. Ungeklärt bleibt insbesondere, nach welchen Kriterien der Regierungsrat die Entwicklung der Arbeitslosigkeit der Wohnbevölkerung im Verhältnis zur wachsenden Zahl von Grenzgängern beurteilt und ab welchen Schwellenwerten er innerhalb der kantonalen Zuständigkeiten Handlungsbedarf erkennt. Gerade aber in wirtschaftlich anspruchsvollen Zeiten ist Transparenz über Zielsetzungen und Beurteilungskriterien wesentlich. Die Bevölkerung hat Anspruch darauf zu erfahren, welche arbeitsmarktpolitischen Leitlinien der Regierungsrat verfolgt und wie er Entwicklungen einordnet, die potenziell Auswirkungen auf Beschäftigung und Standortqualität haben.

Es geht nicht um eine Infragestellung der bilateralen Verträge oder der Personenfreizügigkeit.

Diese liegen ausserhalb der kantonalen Kompetenz. Sehr wohl liegt es jedoch in der Verantwortung des Kantons, arbeitsmarktliche Entwicklungen zu beobachten, zu bewerten und im Rahmen seiner Zuständigkeiten gegebenenfalls geeignete Massnahmen zu prüfen.

Aus diesem Grund bitte ich den Regierungsrat zu prüfen und zu berichten:

Nach welchen quantitativen und qualitativen Kriterien er die Entwicklung der Grenzgängerbeschäftigung im Verhältnis zur Arbeitslosigkeit der Wohnbevölkerung beurteilt und ab welchen Schwellenwerten oder Indikatoren er Handlungsbedarf erkennen würde.

Weiter soll aufgezeigt werden, welche konkreten kantonalen Einflussmöglichkeiten bestehen, wie deren Wirksamkeit eingeschätzt wird und ob der Regierungsrat eine strategische Zielsetzung im Hinblick auf das Verhältnis von inländischer Arbeitslosigkeit und Grenzgängerbeschäftigung definiert hat.

Falls ja, ist darzulegen, wie diese Zielsetzung lautet und nach welchen Kriterien sowie Schwellenwerten künftig arbeitsmarktpolitische Interventionen geprüft oder ausgelöst würden.